



BUCHBESPRECHUNG

SOZIALE BEWEGUNGEN IN LATEINAMERIKA

**Olaf Kaltmeier, Jens Kastner,
Elisabeth Tuider (Hg.):
Neoliberalismus – Autonomie –
Widerstand. Soziale Bewegungen
in Lateinamerika.**
Münster, Westfälisches Dampfboot
2004, 278 S., 24,80 €

Der jüngst von Olaf Kaltmeier, Jens Kastner und Elisabeth Tuider herausgegebene Sammelband „Neoliberalismus, Autonomie und Widerstand“ sondiert die Politik sozialer Bewegungen in Lateinamerika während des letzten Jahrzehntes. Aus der Perspektive der „Cultural Studies“, aber auch mit politökonomischem Blick, geht der Band der Frage nach, wie die sozialen Bewegungen sich im Kontext eines weitgehend durchgesetzten Neoliberalismus verorten und in einem gegenüber den 60er oder frühen 70er Jahren sehr veränderten Umfeld agieren. Ein relevanter Teil der sozialen Bewegungen reklamiert „Autonomie“ als eines ihrer zentralen Leitkonzepte. Dies sehen die HerausgeberInnen als durchaus ambivalent an, denn die Autonomie könne leicht von einem neoliberalen Diskurs vereinnahmt werden. Die Assimilation eines relevanten Teils der Frauenbewegung in die neoliberale Regierungslogik stellen am Beispiel Chile und Mexikos Verónica Schild und Elisabeth Tuider sehr eindrücklich dar.

Die AutorInnen des Bandes gehen auch der Frage des Verhältnisses der sozialen Bewegungen zu Parteien nach. Zu stark scheint mir allerdings die These der HerausgeberInnen: „Das Modell der Partei oder der Guerilla-Bewegung hat weitgehend ausgedient.“ Obgleich eine Krise der politischen Repräsentation durch Parteien festgestellt werden kann, ist ein fehlender Transformationsriemen in die politische Arena, wie die HerausgeberInnen auch bemerken, ein Problem für die sozialen Bewegungen. Das Verhältnis von sozialen Bewegungen und politischen Parteien variiert zwischen den einzelnen lateinamerika-

nischen Ländern entsprechend den Traditionen der politischen Kultur sehr stark. Das gilt selbst für Nachbarländer, wie Uruguay mit seiner starken Parteienzentrierung und Argentinien mit seinem doppelten Erbe von Peronismus und Insistieren auf Autonomie.

Zwei Beiträge erscheinen mir allerdings in ihrer Darstellung des Verhältnisses von Staat, Parteien und sozialer Bewegung durchaus problematisch. Martina Blank und Dario Azzelini idealisieren in ihren Aufsätzen zu Argentinien und Venezuela die sozialen Bewegungen. So bezieht sich Martina Blank in ihrer Darstellung fast ausschließlich auf den autonomistischen Flügel der sozialen Bewegungen in Argentinien. Dass bei der Arbeitslosenbewegung vielfach durchaus noch Verbindungen zum Peronismus und klientelistische Beziehungen zum Staatsapparat bestehen, wird in ihrem Aufsatz nicht deutlich. Das verstellt ihr auch das Verständnis darauf, wie schnell es der Regierung Kirchner gelang, die Legitimität des Staates wiederherzustellen. Auch die soziale Gespaltenheit der Protestbewegung 2001/2002 zwischen *piqueteros* und Mittelklasse wird bei Blank nicht deutlich. Der Mittelklasseprotest ist meines Erachtens nicht als anti-neoliberal zu verstehen. Vielmehr war er darauf gerichtet, den Zugang zu den Dollars wiederzuerlangen. Aus diesen Ambivalenzen speist sich auch die Ambivalenz der Regierung Kirchner.

Azzelini versucht in seinem Beitrag, die sozialen Bewegungen Venezuelas als Beispiel der Negrischen Multitude darzustellen. Das bringt ihn dazu, die zentrale Rolle des chavistischen Sektors im Staatsapparat als Motor der Veränderung stark zu unterschätzen.

Eng mit der Frage zu den Parteien sind der nationalstaatliche Bezugsrahmen und die Frage der Demokratie verbunden. Der Band diskutiert verschiedene räumliche Ebenen der Politik. Er hebt sich wohltuend von der gängigen Diskussion dadurch ab, dass er sich nicht

primär auf die modische Verbindung des Lokalen mit dem Globalen orientiert, sondern die Wechselwirkung verschiedener räumlicher Ebenen konkret analysiert und hierbei auch dem Nationalstaat eine relevante Rolle zumisst. In Fragen der Demokratie weist er über den bloßen Rahmen repräsentativer Demokratie hinaus und diskutiert Demokratisierung im Kontext von Klassenspaltungen, bestehender geschlechtlicher und ethnischer Ungleichheit.

Die Stärke des Bandes liegt darin, einige grundlegende Fragen zu emanzipatorischen sozialen Bewegungen sowie deren Beziehungen zum Staat aufzuwerfen und anhand konkreter Beispiele zu diskutieren.

Joachim Becker

PHÄNOMEN CASTRO

Volker Skierka: Fidel Castro
rororo, Hamburg, 2004/2, 542 S.

Eisenhower, Kennedy, Johnson, Nixon, Ford, Carter, Reagan, Bush I, Clinton, Bush II: Mittlerweise zehn US-Präsidenten versuchten, den „karibischen Sozialismus“ auf Kuba zu kippen, einige auch, dessen Galionsfigur zu beseitigen. Der ehemalige Südamerika-Korrespondent der *Süddeutschen Zeitung*, Volker Skierka, geht dem Phänomen Fidel Castro nach und beschreibt ihn als Caudillo, der sein Land stets nach Partisanenart regiert hat: unorthodox und vorzugsweise im Alleingang.

Doch Skierka hat weit mehr geschrieben als eine Biographie. Es ist eine akribisch recherchierte (Vor-)Geschichte der kubanischen Revolution mit teilweise neuen Interpretationen auf der Basis zum Teil erst jüngst zugänglicher Quellen und Dokumente. Hervorzuheben sind die Diskussion der 1500 Revolutionsgesetze inklusive der Agrarreform und die Beschreibung des Sanktions-Ping-Pongs mit Washington. Aber auch das Ringen mit der Sowjetunion um Macht und Einfluss, das nach Skierkas Interpretation spätestens im Anschluss an die Raketenkrise den Charakter einer unterkühlten Vernunft-ehe angenommen hat, wo Castro sich von Chruschtschow übergangen und benutzt fühlte. Auch die zaghaften Wirtschaftsreformen von Mitte der 90er